

Sehr geehrter Monsieur Virdis,

"mit großer Bestürzung" reagiert die Bürgerinitiative für Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe auf die Pläne der Groupe E, sich mit 50 Megawatt am Bau und Betrieb des Kohlekraftwerkes der Südweststrom Kraftwerks GmbH in Brunsbüttel zu beteiligen.

Die Stadt Konstanz hat kürzlich mit beeindruckender Mehrheit den Beschluss gefasst, aus dem umstrittenen Kohlekraftwerksprojekt der SüdWestStrom Kraftwerk GmbH & Co. KG (SWS) in Brunsbüttel auszusteigen. Auch die Stadtwerke der Gemeinden Hammelburg, Schussental und Walldorf sind inzwischen aus ihren Beteiligungen ausgestiegen.

Wir möchten Sie eindringlich bitten, dem Beispiel der Stadt Konstanz zu folgen und den Ausstieg aus der Kraftwerksbeteiligung zu beschließen. Die Kraftwerksbeteiligung ist ökologisch, wirtschaftlich und politisch von einer Tragweite, die nicht von der Groupe E, sondern gemeinsam mit dem Kanton Freiburg öffentlich diskutiert und entschieden werden sollte. Die Beteiligung ist weder ökologisch noch wirtschaftlich tragbar!

Das Kraftwerksprojekt der SWS steht in einem unauflösbaren Widerspruch zu den Klimazielen der Bundesregierung, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Kohle ist aufgrund seiner CO₂-Emissionen der denkbar klimaschädlichste Brennstoff zur Stromerzeugung. Daran ändert auch ein neues Kraftwerk mit „moderner“ Technologie nichts. Das Steinkohlekraftwerk in Brunsbüttel wird – im Gegensatz zu vielen existierenden und neu geplanten Kraftwerken - ohne Kraft-Wärme-Kopplung gebaut, wodurch sich die CO₂-Bilanz des Kraftwerkes weiter verschlechtert.

Das Kohlekraftwerk ist aber nicht nur für das Weltklima ein Risiko, sondern auch für seine Betreiber. Eine neue Generation von Kohlekraftwerken, die immer noch weniger als die Hälfte der eingesetzten Energie in Strom umsetzt, wird in Zukunft kaum noch wirtschaftlich zu betreiben sein. Ab 2013 sollen nach den Plänen der EU-Kommission die zum Betrieb fossiler Kraftwerke ausgegebenen Kohlendioxid-Zertifikate zu 100 Prozent versteigert werden. Ihre Preise werden mit zunehmender Verknappung ebenso steigen wie es die Kohlebeschaffungskosten schon jetzt tun. Der Betrieb eines Kohlekraftwerkes, das mehr solcher Zertifikate benötigt als alle anderen Anlagen zur Stromerzeugung, wird damit immer unwirtschaftlicher. Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass die SWS keine detaillierten Zahlen über die Bandbreite der Renditeerwartungen für das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel vorlegt.

Diese Argumente haben letztlich auch die Stadt Konstanz dazu bewogen, aus der weiteren Projektbeteiligung bei der SWS auszusteigen.

Auch die Bürgerinnen und Bürger in der Region Brunsbüttel und Wilstermarsch wenden sich in ihrer großen Mehrheit gegen den Kraftwerksneubau. In der Region hat sich Widerstand gegen das Kraftwerk in einer Bürgerinitiative formiert.

Wir bitten Sie, werden Sie sich Ihrer Verantwortung für Ihre Bürgerinnen und Bürger und das Klima bewusst und investieren Sie statt in Kraftwerkstechnologie des 20. Jahrhunderts in ökologisch und wirtschaftlich sinnvollere Lösungen wie Gas- oder Biomassekraftwerke mit Wärmeauskopplung im Verbund mit Wasserkraft-, Windkraft- und Solarenergie-Anlagen.

Erlauben Sie uns, Ihnen noch einige Hintergrundinformationen, die gegen den Neubau eines Steinkohlekraftwerkes in Brunsbüttel sprechen, auf den Folgeseiten darzustellen.

Argumente zum Klimaschutz

Nach Kraftwerken mit dem Brennstoff Braunkohle, gibt es keine ineffektivere und CO₂-intensivere Art der Stromerzeugung als die in Steinkohlekraftwerken ohne Wärmeauskopplung. Mehr als die Hälfte der erzeugten Wärmeenergie wird direkt in die Elbe geleitet (anders ausgedrückt: jedes zweite Kohle-Schiff, dass von weit her in Brunsbüttel anlegt, kommt ausschließlich, um dort den Fluss aufzuheizen*) und verursacht zusätzliche ökologische Probleme. Soviel Kohlendioxid kann der Kanton Freiburg mit allen denkbaren lokalen Initiativen gar nicht einsparen, wie durch eine Kraftwerksbeteiligung bei SWS zusätzlich erzeugt würde.

* Bei der Entscheidung des Konstanzer Gemeinderats gegen das Brunsbüttel-Projekt spielte auch das Thema Kinderarbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern eine wesentliche Rolle: In südamerikanischen Kohleminen arbeiten Kinder zwölf Stunden am Tag für Hungerlöhne, um Kohle zu fördern, die dann in Brunsbüttel zu über 50% ungenutzt verschleudert wird.

SWS wirbt für ein "modernes" Kohlekraftwerk, welches gegenüber alten bestehenden bis zu 30% CO₂-Emissionen einsparen soll. Nicht erwähnt wird, dass dieses Kohlekraftwerk mit 1.800 Megawatt eines der größten Steinkohlekraftwerke in Deutschland ohne Kraft-Wärme-Kopplung sein wird. Viele existierende bzw. neu geplante Kraftwerke werden dagegen heute in so genannter Kraft-Wärme-Kopplung (z.B. für Fernwärme oder industrielle Prozesswärme) betrieben und weisen somit eine weit bessere Klimabilanz auf. Ein elektrischer Wirkungsgrad von ca. 46% nützt im Ergebnis wenig, wenn mehr als die Hälfte der erzeugten Wärmeenergie ungenutzt bleibt.

Selbst alte Steinkohlekraftwerke mit einem elektrischen Wirkungsgrad von knapp über 30% erzielen eine bessere CO₂-Bilanz, wenn die anfallende Wärme sinnvoll genutzt wird. Daher fordern alle Umweltverbände zumindest die Pflicht zur Kraft-Wärme-Kopplung bei neuen thermischen Kraftwerken. Hierfür ist jedoch der Standort Brunsbüttel falsch gewählt (nämlich nur aufgrund der billigen Kohleanlandung und der Elbe-Direktkühlung), denn im Umfeld sind keine geeigneten Wärmeabnehmer vorhanden.

Grundsätzlich ist bei der von der Groupe E geplanten Kraftwerksbeteiligung von 50 Megawatt mit einem jährlichen Ausstoß von mehr als 280.000 Tonnen CO₂ zu rechnen. Dies entspricht dem CO₂ Ausstoß von über 75.000 Pkw bei einer Kilometerleistung von 20.000 km pro Jahr!

Hinzu kommen ebenfalls bei 50 Megawatt geplanter Beteiligung folgende Schadstoffbelastungen:

Luft-Emissionen durch die geplante Beteiligung von 50 MW (hohe Grenzwertausschöpfung - gemäß Scoping der SWS)		Kraftwerk total
Quecksilber [Kilogramm / Jahr]	31,3	1.000
Cadmium [Kilogramm / Jahr]	38,6	1.235
Thallium [Kilogramm / Jahr]	38,6	1.235
Nickel [Kilogramm / Jahr]	165,6	5.300
Dioxine und Furane [Gramm / Jahr] (Anm.: Die Gesamtbelastung betrug 2005 in Deutschland 74 Gramm)	0,109	3,5
Gesamtstaub [Kilogramm / Jahr]	21.000	672.000
Kohlenmonoxid [Kilogramm / Jahr]	210.000	6.720.000
Benzo(a)pyren [Kilogramm / Jahr]	5,9	190
CO ₂ -Ausstoß [Tonnen / Jahr]	281.250	10.000.000

Argumente zur Wirtschaftlichkeit

Der wirtschaftliche Betrieb des Kraftwerks ist nicht gesichert: Kohlestrom ist heute nur mit abgeschriebenen Kraftwerken sicher konkurrenzfähig zu produzieren. Das geplante Kraftwerk in Brunsbüttel konkurriert in 20 Jahren unter anderem mit abgeschriebenen Windparks, die keine Brennstoffkosten haben und damit unabhängig vom Kohlepreis sind. Der Preis für eine Tonne Kohle hat sich seit Beginn der Kraftwerksplanungen (2002) fast um das 2,5-fache verteuert. Die Baukosten werden sich bis zum Baubeginn voraussichtlich verdoppeln.

Die zu erwartenden Investitionskosten für das 1.800 Megawatt Steinkohlekraftwerk betragen für die SWS-Gesellschafter aktuell etwa 3,3 Mrd. Euro, d.h. pro Megawatt müssen Sie mit einem Eigenanteil von ca. 1,8 Mio. Euro rechnen.

Ein weiterer Faktor, der die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks belastet, wird von der SWS in ihrem Info-Brief *CO₂-Reduktion in der Stromerzeugung oder Argumente für neue Kohlekraftwerke* aufgegriffen. Dort heißt es: „Wegen des massiven Anstiegs der Windenergieerzeugung wird es generell zu einer verringerten Ausnutzung konventioneller Kraftwerke kommen. Dabei wird zukünftig mit einer Verringerung der Ausnutzung des konventionellen Kraftwerksparks von durchschnittlich 4.900 auf 4.150 Volllaststunden gerechnet.“

Beim immer wieder diskutierten Kostenvergleich mit Gaskraftwerken ist entscheidend, welche Kosten für den Erwerb von CO₂-Zertifikaten zu berücksichtigen sind. Setzt man den CO₂-Preis auf Null, weisen Kohlekraftwerke derzeit ab 3.000 Jahresbetriebsstunden einen Kostenvorteil aus. Die EU-Kommission sieht jedoch vor, dass Energieerzeuger ab 2013 alle CO₂-Emissionsrechte komplett ersteigern oder auf dem Markt erwerben müssen, sprich keine unentgeltliche Zuteilung mehr erfolgen wird. Die Kosten für CO₂-Emissionsrechte müssen daher in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung umfassend berücksichtigt werden.

Aktuell liegt der Preis für CO₂-Emissionsrechte der 2. Handelsperiode (2008-2012) bei 22 Euro pro Tonne. Bei einem Ausstoß von bis zu 10 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr (bezogen auf max. 8.000 Volllaststunden) werden also unter derzeitigen Marktbedingungen für das Kraftwerk Brunsbüttel jährliche Kosten in Höhe von ca. 220 Mio. Euro anfallen.

Für die Zeit nach 2012 ist mit einer weiteren Verschärfung der Klimaschutzziele zu rechnen. Würde der Marktpreis für Emissionsrechte auf 30 Euro pro Tonne CO₂ steigen, hätten Kohlekraftwerke erst ab 7.000 Jahresbetriebsstunden einen Kostenvorteil gegenüber Gaskraftwerken. Mit steigendem Preis für Emissionsrechte steigt auch die wirtschaftliche Attraktivität von Gaskraftwerken, denn diese produzieren nur etwa halb so viel Kohlendioxid wie Kohlekraftwerke.

SWS hat eine Wirtschaftlichkeitsempfehlung von der Fichtner Management Beratung AG durchführen lassen. Allein die von Fichtner ermittelte Tatsache, dass das geplante Kraftwerk in der Vollkostenrechnung bis mindestens 2017 nicht wirtschaftlich betrieben werden kann und erst dann – unter der Annahme äußerst optimistischer Strompreis-, Brennstoffkosten- und CO₂-Zertifikatspreis-Entwicklungen – überhaupt wirtschaftlich betrieben werden kann, zeigt die enormen finanziellen Risiken dieses Projekts.

Prof. Dr. Olav Hohmeyer, als Mitglied im UN-Klimarat (IPCC) auch Träger des Friedensnobelpreises, erläuterte in einem Vortrag zum Thema Kohlekraftwerk, dass mit den Windenergieplanungen in der Nordsee, die in den nächsten Jahren realisiert werden sollen,

Engpässe in den Stromnetzen der EVUs in Schleswig-Holstein entstehen werden. Aufgrund des gesetzlich geregelten Windstromvorranges werde das geplante Kohlekraftwerk deshalb nur noch max. 2000-3000 Stunden im Jahr Strom einspeisen können.

Dazu gibt es auch eine aktuelle Diplomarbeit mit dem Titel *Auswirkungen der Offshore-Windenergie auf den Betrieb von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel* von Frauke Wiese von der Universität und Fachhochschule Flensburg:

http://file1.carookee.com/forum/BigKU/file/3360516/Wiese_2008_Diplomarbeit.pdf?w

Ein wirtschaftlicher Betrieb des Kohlekraftwerks wird damit mehr als fraglich. Selbst im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein wird von nur mehr max. 5.000 Jahresvolllaststunden für das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel ausgegangen, während die SWS in ihren Wirtschaftlichkeitsrechnungen immer noch mit 8.000 Stunden plant.

Weiterhin möchten wir Sie auf eine Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg GmbH (IFEU) zum Steinkohlekraftwerk Hamburg-Moorburg hinweisen:

http://www.ifeu.org/energie/pdf/IFEU%20Arrhenius%20_2007_%20-%20BUND%20Alternativkraftwerk%20final%20V3.pdf

Dieser Bericht zeigt zweifelsfrei:

- Das Kraftwerk ist wesentlich klimaschädlicher als viele andere Kraftwerke,
- es passt nicht in die zukünftigen Erzeugungsstrukturen eines auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beruhenden Energiesystems,
- es ist insgesamt ökologisch und wirtschaftlich fragwürdig, und
- es gibt sinnvollere und – auch kostenseitig – tragfähige Alternativen.

Das geplante Kohlekraftwerk ohne Kraft-Wärme-Kopplung mit nur ca. 46% Wirkungsgrad erzeugt pro Kilowattstunde fast viermal soviel CO₂ wie ein gleich großes Gas-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung. Das Kraftwerk mit zwei Blöcken mit je 900 MW soll nach den SWS-Vorgaben rund 10 Millionen Tonnen CO₂ jährlich ausstoßen.

Zusätzliche politische Informationen

Bürgerinitiativen gegen neue Kohlekraftwerke mit hohem Zulauf und an allen Neubaustandorten zeigen klar, es gibt keine Akzeptanz mehr in der Bevölkerung für diese Kraftwerke - das Votum des Mainzer CDU-Parteitags gegen ein neues Kohlekraftwerk nach über 50.000 Unterschriften aus der Bevölkerung oder die Diskussionen um das Kraftwerksprojekt Hamburg-Moorburg sind erste Signale für einen möglichen Wandel in der Energiepolitik der Bundesregierung. Der Widerspruch zwischen den Klimazielen der Bundesregierung (Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2020) und dem Neubau von Kohlekraftwerken wird auch für die Bevölkerung immer offensichtlicher. Nur mit Energieeinsparung, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Bau von Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Koppelung sowie einer deutlichen Effizienzsteigerung in Industrie, öffentlichen und privaten Haushalten können die Klimaschutzziele erreicht werden. Mit einer beschleunigten energetischen Sanierung von Gebäuden könnte in den nächsten Jahren mehr Erdgas eingespart werden als zur Befeuerung der zusätzlichen Gaskraftwerke benötigt würde. Die Importabhängigkeit beim Erdgas würde sich daher nicht erhöhen.

In der vom SWS-Kraftwerk betroffenen Region Wilstermarsch und Brunsbüttel hat sich der Widerstand in einer Bürgerinitiative formiert. Mit Artikeln in den Medien und öffentlichen Protesten wird gegen die Beteiligungen der Stadtwerke protestiert.

Alle angrenzenden Gemeinden haben in öffentlichen Stellungnahmen das Projekt abgelehnt:

- Stadt Wilster
- Gemeinde Neuendorf-Sachsenbande
- Gemeinde Dammfleth
- Gemeinde St. Magarethen
- Gemeinde Nortorf
- Gemeinde Stördorf
- Gemeinde Wewelsfleth
- Gemeinde Kudensee (nur grundsätzliche Bedenken)
- Gemeinde Landscheide
- Gemeinde Landrecht (nur grundsätzliche Bedenken)
- Gemeinde Ecklak
- Gemeinde Aebtissinwisch
- Gemeinde Beidenfleth
- Gemeinde Brokdorf

Diese Gemeinden vertreten mit ihrer Ablehnung die Meinungen und Interessen der großen Mehrheit ihrer Einwohner und unterstützen daher auch die Bürgerinitiative für Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe.

Wenn die Groupe E den Klimaschutz ernst nimmt, kann sie nicht gleichzeitig den klimafeindlichen Energieträger Steinkohle fördern. Wer jetzt auf den Bau von Steinkohlekraftwerken mit einer Betriebsdauer von 40-50 Jahren setzt, blockiert zudem Investitionen in effizientere und klimafreundliche Energietechnologien auf Jahrzehnte. Die Groupe E sollte bei der Beurteilung ihrer künftigen Energieerzeugung berücksichtigen, welche Auswirkungen sie auf die regionale und die nationale CO₂-Bilanz hat und wie die beschlossenen mittel- und langfristigen nationalen Klimaschutzziele damit zu vereinbaren sind.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Arne Firjahn.

Bürgerinitiative für Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe

Besuchen Sie auch unsere Web-Seiten: <http://www.bi-unterelbe.de/>
und unser Internet-Forum mit vielen Presseartikeln: <http://www.carooke.com/forum/BiGKU>